

LOKALES

03.11.2014 (Aktualisiert 20:49 Uhr)

Von Herbert Beck und Sabine Lennartz

Kein Fracking in Oberschwaben

Briten geben Konzession für Felder Konstanz und Biberach zurück

Fracking ist höchst umstritten - auch in Pfullendorf, wo Demonstranten kürzlich dagegen protestierten. (Foto: Felix Kästle/dpa)

Stuttgart / sz In der Bodenseeregion und Biberach wird es kein Fracking geben. Die britische Firma PEG, die seit Jahren eine Konzession für Voruntersuchungen im Bodensee-raum und der Region Biberach besaß, hat diese jetzt zurückgegeben. Das teilte das Stuttgarter Umweltministerium dem Konstanzer Grünen-Abgeordneten Siegfried Lehmann auf seine Anfrage hin mit. Lehmann wertet den Rückzug auch als Erfolg für die ablehnende Haltung der Landespolitik und der Bevölkerung. Der Biberacher SPD-Abgeordnete Martin Gerster atmet auf: „Ich freue mich über die Nachricht. Ich bin froh, dass Fracking in Oberschwaben vom Tisch ist.“

Beim Fracking wird unter hohem Druck ein Gemisch aus Sand, Wasser und Chemikalien in den Boden gepresst. So soll in tiefen Gesteinsschichten gebundenes Gas freigesetzt wer-

den. In den USA boomt die Methode, in Deutschland formiert sich seit Jahren massiver Widerstand. Sowohl der Landtag als auch mehrere Kreistage lehnten die Methode einhellig ab. Auch der Planungsausschuss des Regionalverbands Donau-Iller hatte sich gegen Fracking ausgesprochen. Ohne forschungsfeindlich zu sein, sei Fracking aufgrund der dichten Besiedelung und der bestehenden Schutzgebiete konsequent abzulehnen, hatte Verbandsvorsitzender Heinz Seiffert gewarnt.

Der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) reagierte erleichtert auf den Rückzug der Briten. „Es bestand zwar keine reale Gefahr, dass am Bodensee gefrackt werden könnte. Aber mit der Rückgabe der Konzession zieht das Unternehmen von sich aus einen Schlusstrich. Das ist eine gute Nachricht für Baden-Württemberg“, erklärte er der „Schwäbischen Zeitung“. Mehrfach war sein Haus dafür kritisiert worden, dass die Konzession noch immer bestand. Verantwortlich dafür war das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau in Freiburg. Das Bergrecht ist ein Bundes-Recht, das zur Zeit zwischen Umweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel neu verhandelt wird. Ein umfassendes Fracking-Verbot wird wohl nicht beschlossen. Pilotprojekte zur Erprobung der Technologie und Fracking-Vorhaben unterhalb von 3000 Metern sollen möglich bleiben. Der Bundestag wird sich in Kürze mit dem Gesetz befassen.